

U2-Plätze: Im Kreis läuft noch nicht alles rund

Neues Kita-Gesetz sorgt bei Umsetzung für finanzielle Probleme

Von unserer Redakteurin Maja Wagener

Westerwaldkreis. Das neue Kita-Gesetz, das in Rheinland-Pfalz seit 1. Juli 2021 gilt, bringt Eltern und Kindern Sicherheit bei der Betreuung selbst ihrer Kleinsten. Den Kreis und auch die Kommunen stellt es allerdings zum Teil vor große Probleme.

Die wurden bei der jüngsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Bürgerhaus in Wirges offenbart. Hier konnte Landrat Achim Schwickert bei der Vorstellung der 32. Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplans erst einmal positive Zahlen vorrechnen. So liege der Bestand der Kita-Plätze im Kreis auch 2022/23 mit insgesamt 548 Plätzen wieder über dem statistischen Bedarf, berichtete der Landrat und erklärte weiter, dass der Kreis damit die Bedürfnisse an Betreuung bei den Ein- bis Sechsjährigen erfüllen kann. Die Tendenz, Kinder unter zwei Jahren in die Kita zu geben, steige. Dazu hätten 19 Prozent der Eltern den Wunsch gehabt, die Kleinsten länger als sieben Stunden unterzubringen: „Wir sind darauf eingegangen“, berichtete der Landrat.

„Ich werde nicht mehr erleben, dass Ebernhahn schuldenfrei wird.“

Für einen Neubau der Ebernhahner Kita muss die Gemeinde mit Ortsbürgermeister Thomas Schenkelberg einen hohen Kredit aufnehmen.

Doch schon bei der Planung der U2-Plätze, also der Betreuungsplätze für Kinder, die jünger als zwei Jahre sind, beginnen die Schwierigkeiten für den Kreis. Mit dem neuen Kita-Gesetz sei eine Toleranzgrenze von 20 Prozent eingeführt worden, heißt es in der Beschlussvorlage des Kreises: „Sind also in der Einrichtung zum Stichtag 31. Mai eines Jahres mehr als 20 Prozent der U2-Plätze unbesetzt, wird das Land den Personalüberhang nicht finanzieren.“ Das bedeutet, dass der Westerwaldkreis



Das Gebäude der Kita Ebernhahn wurde 1951 nach dem Zweiten Weltkrieg als Schulhaus neu aufgebaut. Später befand sich dort die Feuerwehr Ebernhahn, bevor 1972 schließlich der Kindergarten einzog.

Foto: Maja Wagener

diese Personalkosten zahlen muss. Für die Träger und die Kita-Leitungen sei gerade diese Stichtagsregelung schwierig. Wenn ein Einjähriger im Laufe des Jahres zwei Jahre alt würde, sei sein U2-Platz nicht mehr besetzt, erklärte Achim Schwickert und ergänzte, dass folglich weniger Plätze für U2 ausgewiesen werden könnten. Ein weiteres Thema ist der an sich schon deutlich höhere Personalkostenanteil des Kreises von insgesamt 5,8 Millionen Euro. Und „Ein Teil des Personals ist noch nicht da“, bräuchte der Landrat den Fachkräftemangel im Erziehungsbereich auf den Punkt. Als weiteren Engpass nannte Schwickert Baumaßnahmen, die in der aktuellen Situation schwer umsetzbar seien.

In den neu gebauten sowie in den kürzlich umgebauten der insgesamt 120 Kindertagesstätten im Westerwaldkreis könnten alle Kin-

der, die über die Mittagszeit betreut werden, mit einem Mittagessen versorgt werden, erklärte die Pressestelle der Kreisverwaltung in Montabaur. Aber: „Es verbleiben 46 Kindertagesstätten, die bis 2028 noch bauliche Veränderungen vornehmen müssen.“ Küchen müssten ertüchtigt, Möglichkeiten für die Einnahme des Essens und gegebenenfalls Ruhemöglichkeiten für die kleineren Kinder geschaffen werden. Dabei seien die Gegebenheiten der jeweiligen Einrichtungen sehr unterschiedlich, erklärte der Kreis. Das Land fördert diese Maßnahmen, weiß Sabine Schmidt, Pressesprecherin des Ministeriums für Bildung, im Rahmen des neuen Kindertagesstättengesetzes hat das Land ein Sonderprogramm über 13,5 Millionen Euro aufgelegt, um bei der Ausstattung der Ess- und Ruheräume zu unterstützen. Vielfach stehen aber auch Sanierungen an den Ge-

äußlicher Trägerschaft befindet sich in einem Gebäude, das der Gemeinde gehört.

Laut Bedarfsplan sollen hier statt der bisher 50 in Zukunft insgesamt 60 Kinder Raum zum Spielen, Mittagessen und Ruhen finden. Das bestehende Gebäude gibt diese Möglichkeiten jedoch nicht her. Zudem ist es nicht auf dem neuesten Stand. Das Ebernhahn lange zu wenig getan hat, ist dem Orts-Chef, der 2019 zum Bürgermeister gewählt wurde, bewusst: „Da herrscht ein Sanierungsstau von mehreren Jahrzehnten.“ Deshalb hat sich das Dorf für einen Neubau entschlossen, der laut Planungen der Architekten 3,7 Millionen Euro kosten soll.

Gefördert werden aber nur Investitionsvorhaben, die der Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen dienen, erklären Kreis und Land übereinstimmend. Für Ebernhahn ist das eine Summe von 40 000 Euro vom Kreis. Dazu kommt ein Landeszuschuss von 92 000 Euro für die beiden U2-Plätze und die acht Plätze für Über-Zweijährige. Die Verbandsgemeinde fördere mit 15 000 Euro die Schaffung einer zusätzlichen Gruppe, erklärt Alexandra Marzi, Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Wirges. Ob und mit welchem Betrag sich der Träger des Kindergartens an den Kosten beteiligen wird, sei noch nicht klar, so Schenkelberg.

Da das neue Gebäude ein bestehendes ersetzen soll, gibt es für den Neubau vermutlich keine weiteren Fördermöglichkeiten. „Unser Land gibt für Kinder wenig“, ist für Schenkelberg klar. Das sieht das Land anders. Insgesamt seien in 2020 und 2021 bisher Bewilligungen im Umfang von mehr als 58 Millionen Euro verteilt auf über 300 Anträge ausgesprochen worden, erklärt das Ministerium: „Damit unterstützen Land und Bund den Ausbau der Kindertagesbetreuung“ sehr umfassend.“

Wenn die Gemeinde einen Kredit aufnimmt, zahlt sie ihn über viele Jahrzehnte ab. „Ich werde nicht mehr erleben, dass Ebernhahn schuldenfrei wird“, bringt der Ortsbürgermeister die Sache auf den Punkt. Verwalten statt gestalten sei die Folge. Deshalb sucht Thomas Schenkelberg neue Alternativen.

ANZEIGE

malerkessel
www.malerkessel.de
T 0049 (0) 262 34 42
Farbe satt

bäuden an. Kreiszuwendungen für Dachsanierungen wurden den Gemeinden Rebe (26 380 Euro) und Sessenhausen (4657 Euro) bei der jüngsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses bewilligt, der Gemeinde Otzingen ein Zuschuss für die Sanierung von Dach, Fenster und Heizung (47 000 Euro).

Ebernhahn stünde vor finanziellen Problemen, erklärt Ortsbürgermeister Thomas Schenkelberg und sagt, damit sei sein Ort nicht alleine. Die Kindertagesstätte in ka-

Ebernhahn bekommt für den Kindergartenneubau kaum Förderung.

„Hilft nur: Alles selbst machen“

16.12.21

Wenn man in der Gemeinde Ebernhahn parteilich nicht von der Verbandsgemeinde bis nach Mainz durchorganisiert ist, braucht man sich nicht zu wundern, dass weniger als 10 Prozent Zuschüsse zum Kindergartenbau zustande kommen. Bei freien Listen fehlt jede Struktur zu den notwendigen Kontaktebenen nach oben. Man sollte das bei der nächsten Wahl berücksichtigen. In einer Parteien-

struktur sind die Wege bis nach Mainz geebnet. Also hilft jetzt nur: alles selbst machen. Alte Wiese erschließen, ausbauen an der L 303 mit 68 Wohneinheiten, 60 Familien und 20 IT- und KI-Firmen ansiedeln und circa 380 000 Euro pro Jahr an Lohnsteuer einnehmen, damit nach zehn Jahren der Bürgermeister die getilgten Schulden noch erleben kann.

Martin Buhr, Ebernhahn

Stadt leistet sich größere Kita und neue Kulturstätte

Höhr-Grenzhausen investiert Millionen

Von unserer Redakteurin
Maja Wagener

■ **Höhr-Grenzhausen.** 2022 wird in der Stadt Höhr-Grenzhausen kräftig gebaut. Der Umbau des Kindergartens Pustebume läuft schon und ist gewissermaßen auf der Zielgeraden. Für das neue Gebäude des Jugend-, Kultur- und Bürgerzentrums Zweite Heimat (wir berichteten) sind die Planungen nun abgeschlossen.

Der Stadtrat hatte für die Bauphase in 2022 2,5 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Starten sollen die Arbeiten am Alexanderplatz in Höhr-Grenzhausen spätestens im März, sagt Stadtbürgermeister Michael Thiesen. Angekündigt war der Baubeginn schon im vergangenen Jahr, doch die Pandemie und Umplanungen haben ihn etwas verzögert. Nun soll es

aber losgehen. Das Gebäude müsse Ende des kommenden Jahres stehen, damit im März 2024 die Endabrechnung fertig sein kann, erklärt Michael Thiesen. Der zeitliche Rahmen hängt mit dem Förderprogramm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ zusammen, auf das die Stadt bei dem Bau des neuen Kulturzentrums zugreift. Vor allem das Jugendzentrum „Zweite Heimat“ soll hier, auf dem ehemaligen Standort der Kelterei Weber, mehr Platz finden. „Die ‚Zweite Heimat‘ platze aus allen Nähten, macht schon viel und kann so noch mehr machen“, beschreibt Thiesen die Idee hinter den Planungen. So soll die Mitte der Töpferstadt neu belebt werden.

Immerhin 90 Prozent beträgt der Förderanteil der geschätzten Baukosten, insgesamt etwa 3,3 Millionen Euro, mit dem Bund und Land das Projekt unterstützen. Auch



Städtebauförderung: Montabaur bekommt 1,61 Millionen Euro

Kreisstadt profitiert von Bund-Länder-Programm

■ **Montabaur.** Die Stadt Montabaur kann sich über weitere Städtebaufördermittel aus dem Bund-Länder-Programm „Lebendige Zentren“ freuen. Das hat der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz in Mainz mitgeteilt. „Die Stadt Montabaur erhält in diesem Jahr eine Förderung aus dem Städtebauprogramm in Höhe von 1,61 Millionen Euro“, so der Landespolitiker.

„Mit der Umsetzung des ersten Bauabschnitts der Bahnhofstraße konzentriert sich die Stadt bei den geplanten Maßnahmen auf eine wichtige innerstädtische Erschließungsanlage, die aktuell erhebliche gestalterische und funktionale Mängel aufweist und daher im Rahmen der Gebietsentwicklung ausgebaut und neu gestaltet werden soll. Außerdem möchte die Stadt mit den Fördermitteln auch einige private Modernisierungsvorhaben unterstützen und die weitere Finanzierung des Citymanagements sicherstellen.“

Wie aus einer Pressemitteilung des Innenministeriums hervorgeht, fördert das Programm „Lebendige Zentren“ die Erneuerung und Entwicklung von Innenstädten und

auch für
Ortskernen, historischen Altstädten und Stadtteilzentren. Ziel sei die Stärkung der Zentren als nutzungsgemischte Orte für Wohnen, Arbeiten, Kultur und soziale Begegnung. Mit den Programmen „Wachstum und nachhaltige Entwicklung“ und „Sozialer Zusammenhalt“ stünden weitere Programme für die Entwicklung von Quartieren zur Verfügung. Ein Investitionsprogramm für Sportstätten runde das Angebot ab.

„Die Innenstädte und Ortskerne sind nicht nur wichtige Orte der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen, sie sind das Gesicht unserer Städte und Gemeinden. Sie prägen den Charakter eines Ortes und sind die Zentren des gesellschaftlichen Miteinanders“, so Lewentz weiter.

Im Programmjahr 2021 können laut Pressemitteilung in der Städtebauförderung insgesamt wieder rund 90 Millionen Euro an Bundes- und Landesmitteln bereitgestellt werden: „Im Zeitraum von 2010 bis 2020 profitierten rund 200 Städte, Gemeinden und andere kommunale Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz mit etwa 780 Millionen Euro von der Städtebauförderung.“

Selters erhält 200 000 Euro für die Entwicklung der Innenstadt

Fördermittel stammen aus Programm „Wachstum und nachhaltige Entwicklung“

■ **Selters.** Die Stadt Selters erhält in diesem Jahr weitere 200 000 Euro aus dem Bund-Länder-Programm „Wachstum und nachhaltige Entwicklung“. Das hat Innenminister Roger Lewentz in Mainz mitgeteilt. Laut einer Pressemitteilung des rheinland-pfälzischen Innenministeriums unterstützen Land und Bund die Entwicklung des Fördergebiets seit 2019 und haben seither 600 000 Euro bereitgestellt.

„Die Stadt Selters plant, die Mittel insbesondere für weitere Vorbereitungsmaßnahmen sowie erste Ordnungsmaßnahmen in Form von Grunderwerb einzusetzen. Diese Maßnahmen stärken die Innenstadt insgesamt und sind der Beginn einer ganzheitlichen Entwicklungsstrategie, um den

Bereich langfristig voranzubringen und für die Zukunft zu stärken“, berichtet Lewentz. Das Programm „Wachstum und nachhaltige Entwicklung“ unterstütze Städte und Gemeinden bei der Bewältigung des wirtschaftlichen und demografischen Wandels.

Ziel sei es, diese Gebiete zu zukunftsfähigen und lebenswerten Quartieren zu entwickeln. Mit den Programmen „Lebendige Zentren“ und „Sozialer Zusammenhalt“ stünden weitere Programme für die Entwicklung von Innenstädten sowie sozial benachteiligten Stadtteilen zur Verfügung. Ein Investitionsprogramm für Sportstätten runde das Angebot ab. „Das Fördersystem der Städtebauförderung hat sich bestens

bewährt, um Innenstädte aufzuwerten und sie zu attraktiven und identitätsstiftenden Standorten insbesondere für Wohnen, Arbeiten, Wirtschaft und Kultur zu entwickeln“, so der Innenminister weiter. Lewentz hob hervor, dass das Land den Städten und Gemeinden als Partner für eine attraktive, bürgernahe und zukunftsorientierte Stadtentwicklung zur Seite stehe. Laut Pressemitteilung können im Programmjahr 2021 in der Städtebauförderung insgesamt wieder rund 90 Millionen Euro an Bundes- und Landesmitteln bereitgestellt werden. Im Zeitraum 2010 bis 2020 hätten rund 200 Städte, Gemeinden und andere kommunale Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz mit etwa 780 Millionen Euro von der Städtebauförderung profitiert.



Land fördert Ausbau der Ortsdurchfahrt Niederahr

424 000 Euro für Arbeiten an der Kreisstraße 176 sind bewilligt

■ **Niederahr.** Für den Ausbau der Kreisstraße 176 in der Ortsdurchfahrt Niederahr erhält der Westwaldkreis vom Land Rheinland-Pfalz eine Zuwendung in Höhe von 424 000 Euro. Das hat Verkehrsministerin Daniela Schmitt mitgeteilt.

„Wir wollen gut ausgebaute und sichere Straßen für die Region“, begründete Schmitt die Förderung der Ausbaumaßnahmen. Der Landesbetrieb Mobilität (LBM) werde den förmlichen Bewilligungsbescheid demnächst versenden. Die

Instandsetzungsarbeiten umfassen den kompletten, gut 600 Meter langen Abschnitt der Ortsdurchfahrt in Niederahr. Die Maßnahme erfolgt im Vollausbau. Gleichzeitig werden auch die Ver- und Entsorgungsleitungen instand gesetzt.